

Regierungsratsbeschluss

vom 16. Mai 2023

Nr. 2023/792

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 11. April 2023 gelangt der Kommissionspräsident der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-N) an die Kantonsregierungen und er sucht um eine Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) in Umsetzung der Pa. Iv. Bregy «Kein David gegen Goliath beim Verbandsbeschwerderecht» (19.409 n).

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartements wird die Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 16. Mai 2023

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Raumplanung
Volkswirtschaftsdepartement